Stadt Dessau-Roßlau

04.03.2020

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	**FV/029/2019/SPD**
Einreicher:	Fraktion der SPD Fraktion der CDU

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	öffentlich	20.02.2020				
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	öffentlich	19.02.2020				
Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Mitte, Süd	öffentlich	16.03.2020				
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	öffentlich	25.03.2020				
Stadtrat	öffentlich	18.03.2020				

Titel:

Umbenennung der "kleinen" Kantorstraße in "Dr.-Isidor-Walter-Straße"

Beschluss:

Umbenennung der „kleinen“ Kantorstraße (Stichstraße zwischen Askanischer Straße und „großer“ Kantorstraße) in Dr.-Isidor-Walter-Straße

Finanzbedarf/Finanzierung: -

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

I. Eichelberg
Vorsitzender der Fraktion SPD

E. Adamek
Vorsitzender der Fraktion CDU

beschlossen im Stadtrat am:

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender

Anlage 1:
Die Straße vor dem Sitz des Jüdischen Gemeindezentrums, Kantorstraße 3, ist eine kurze Stichstraße. Mit dem Bau der Synagoge wird diese Straße eine Aufwertung bekommen. Es ist angebracht mit der neuen Bedeutung der Straße an eine Persönlichkeit zu erinnern, die das jüdische Leben in unserer Stadt, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, geprägt hat. Mit dem neuen Straßennamen erhält die Geschichte an diesem Ort ein Gesicht. Die AG Geschichte der Stadt Dessau-Roßlau, die Jüdischen Gemeinde, der christlich-jüdische Gesprächskreis sowie die Kirchengeschichtliche Kammer haben diese Umbenennung empfohlen.

Zur Person von Dr. Isidor Walter:
Dr. Isidor Walter (1872-1943) stammte aus Neustettin in Pommern und war Absolvent der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. Im Jahre 1900 wurde er anhaltischer Landesrabbiner und Dessauer Gemeinderabbiner. Fast vier Jahrzehnte lang war er in diesen Ämtern tätig. Mit seiner Familie wohnte er im Gebäude des heutigen Jüdischen Gemeindezentrums in der Kantorstraße 3. Isidor Walter gehörte der liberalen Strömung des deutschen Judentums an und war in seinem Selbstverständnis deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Im Ersten Weltkrieg trat er, wie die übergroße Mehrheit der deutschen Juden, aus tiefer patriotischer Überzeugung für sein deutsches Vaterland ein. Über die jüdischen Gemeinden hinaus genoss er nicht nur in jener Krisenzeit hohe Wertschätzung. Zu seinem 25-jährigen Amtsjubiläum im September 1925 gratulierten auch Vertreter der anhaltischen Landesregierung und christliche Geistliche.

Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wirkte Isidor Walter im Geiste der Verständigung und des Ausgleichs zwischen den unterschiedlichen Strömungen (Liberale, Orthodoxe, Zionisten u.a.). Sie alle sollten in den jüdischen Gemeinden Platz und Wirkungsmöglichkeiten finden. In seine Amtszeit fallen die Einweihung der neuen, großen Synagoge in der Steinstraße (1908) und die Neugestaltung des jüdischen Friedenhofs mit neuer Trauerhalle (1906). Auch für die Bewahrung der Erinnerung an Moses Mendelssohn und die jüdische Aufklärungsbewegung ist er mit Vorträgen und Publikationen sehr aktiv eingetreten.

Isidor Walter gehörte zu den Organisatoren einer im Herbst 1929 gestarteten Aufklärungs-Offensive gegen die erstarkenden Nationalsozialisten und ihren Rassenantisemitismus. Vielerorts in Anhalt fanden damals Versammlungen und Vortragsabende mit namhaften Referenten statt, die sich gleichermaßen an jüdisches und nichtjüdisches Publikum wandten. Isidor Walter war es auch, der sich im September 1932 öffentlich gegen einen rassistischen Erlass der NSDAP-geführten anhaltischen Landesregierung über die „Pflege des völkischen Gedankens“ im Schulunterricht wandte. Er veröffentlichte– das war zu diesem Zeitpunkt noch möglich – im von ihm herausgegebenen *Jüdischen Gemeindeblatt für Anhalt und Umgegend* und im sozialdemokratischen *Volksblatt für Anhalt* eine grundsätzliche Kritik des Erlasses, dessen Tendenz er als „schwere Kränkung der jüdischen Gemeinschaft“ bezeichnete.

Man wolle eine soziale Gruppe, die seit zweitausend Jahren in Deutschland lebe und inzwischen zu einem „organischen Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft“ geworden sei, erneut diffamieren und ausgrenzen.

Die Rassentheorie gehöre „in das Reich der Phantasie“; es existiere „ebenso wenig eine rein germanische wie eine rein jüdische Rasse“.

Per Verordnung des anhaltischen Staatsministers Alfred Freyberg (NSDAP) wurde Landesrabbiner Isidor Walter am 1. Oktober 1933 aus dem anhaltischen Staatsdienst entlassen. In der Folgezeit – noch bis 1939 - übte er das Rabbineramt im Auftrag des Landesverbandes der Anhaltischen Israelitischen Kultusgemeinden aus. Im Novemberpogrom 1938 wurde er mit vielen anderen jüdischen Männern im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert und gepeinigt. Nach der Freilassung zog er mit seiner Ehefrau Helene geb. Stern (1882-1944) von Dessau nach Berlin. Die beiden Kinder des Ehepaares, Ernst und Edith, emigrierten nach Palästina. Das Ehepaar Walter wurde im Juli 1942 von Berlin aus in das „Altersghetto“ von Theresienstadt deportiert, das beide nicht überlebten.